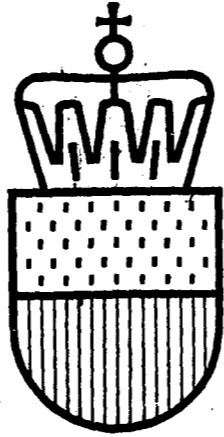


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43. Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 21 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Mittwoch, 4. September 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 133

Nikita Chruschtschows zweite Koexistenzrunde

Disengagement - alte Platte neu aufgelegt

DK Köln - Vor knapp einem Jahr hielt die Kuba-Krise die Welt in Atem. Chruschtschow zeigte das unverhüllte Gesicht des kommunistischen Aggressors. Die Freie Welt, an ihrer Spitze der Präsident der unmittelbar bedrohten Vereinigten Staaten, zeigte die Zähne. Chruschtschow steckte zurück. Nun versucht er, sein Nahziel, die Schwächung des Westens, und sein Fernziel, die Ausdehnung des Kommunismus, mit anderen, weichen Mitteln zu erreichen. Ein knappes Jahr nach der Kuba-Krise ist seine neue Koexistenzoffensive voll im Gang. Sie hat bereits Anfängserfolge erzielt, wie die um sich greifende Besorgnis im westlichen Lager und die Triumphgesänge der sowjetischen Propaganda demonstrieren.

In Moskau wurde unter dem Bild Lenins der Vertrag über eine Einstellung der Atomversuche unterzeichnet, von den Vertretern der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens. Es war Lenin, der den Kom-

munisten die Maxime eingehämmert hat, dass die Koexistenz nur eine Atempause auf dem Marsch zur Weltrevolution sein kann, dass Verträge, die zu diesem Zwecke mit den «Kapitalisten» geschlossen werden, zu gegebener Zeit zerrissen werden sollten. So sehr der ganzen Freien Welt an einem Stop des atomaren Wettrüstens, an einer umfassenden und hinreichend kontrollierten Abrüstung gelegen ist, so stiess doch dieses Moskauer Abkommen auf Kritik bei Amerikanern, die um die Sicherheit des Westens besorgt sind, bei Europäern, die eine Zementierung des Status quo, die endgültige Teilung Europas befürchten, und bei Deutschen, die in diesem Abkommen einen ersten Schritt zur völkerrechtlichen Anerkennung der Sowjetzone erblickten.

Gefährliche Lockungen

Diese und ähnliche Sorgen werden dadurch nicht geringer, dass Moskau nun bereits zu ei-

nen neuen Koexistenzrunde bläst, gemäss dem Generalstabsplan, den Chruschtschow in seiner Moskauer Rede vom 19. Juli dieses Jahres entworfen hat. Darin war als nächster Schritt nach dem Vertrag über die Einstellung der Atomversuche der Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und dem Warschauer Militärblock vorgesehen. Jedermann, auch Chruschtschow, weiss, dass der Atlantik-Pakt ein reines Defensivbündnis darstellt, dessen friedenssichernde Ziele nicht nur im Vertragstext, sondern auch in zahlreichen feierlichen Erklärungen bekräftigt worden sind. Wenn der Kreml trotzdem einen förmlichen Nichtangriffspakt propagiert, so deshalb, weil er hofft, dadurch seinem Ziel - der Einfrierung des Status quo in Europa und der Anerkennung der Sowjetzone als Staat - ein weiteres Stück näherzukommen. Nun, die Pläne eines solchen Nichtangriffspaktes sind vorerst auf Eis gelegt, weil neben der Bundesrepublik Deutschland vor allem Frankreich schwerwiegende Bedenken geltend gemacht hat, der erforderliche gemeinsame NATO-Beschluss also nicht zustandekommen könnte.

Inzwischen hat Chruschtschow ein anderes Blatt aus seinem Koexistenz-Katalog herausgeholt, den Vorschlag, sowjetische und amerikanische Vertreter zur gegenseitigen Beobachtung der Truppen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Sowjetzone auszutauschen. Das mag manchen verlockend erscheinen. Aber in Bonn - und auch im NATO-Hauptquartier in Paris - weiss man, dass Chruschtschow damit nur eine neue Variante der sattem bekannten Kreml-Melodie angeschlagen hat, die von willigen westlichen Zuhörern Disengagement genannt wird, die aber nach sowjetischer Absicht mithelfen soll, die militärische und politische Situation in Europa entscheidend zugunsten Moskau zu verändern.

Eroberung auf Schleichwegen

Chruschtschows Versuch, die von den Verantwortlichen im Westen bisher aus guten Gründen abgelehnten Disengagement-Pläne stückweise durch die Hintertür hereinzuschmuggeln, muss entschieden entgegengetreten werden. Das gilt zunächst und vor allem für den Vorschlag, Kontrollposten nur auf deutschem Boden einzusetzen. Ganz abgesehen davon, dass Bonn darin eine Diskriminierung Westdeutschlands erblicken müsste, wäre dadurch mit der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland die des gesamten Westeuropas bedroht. Denn militärisch bedeutet das nichts anderes, als dass zwar das Gros der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten westlichen Schutztruppen unter sowjetischer Beobachtung stünde, dass aber der grösste Teil der Armee des Warschauer Paktes, vor allem das sowjetische Riesenheer, ausserhalb der westlichen Inspektion bliebe. Auch eine hier und da diskutierte Ausweitung des Kontrollraumes etwa auf Frankreich, die Beneluxstaaten und Italien auf der einen und die osteuropäischen Staaten auf der anderen Seite könnte das westliche Sicherheitsrisiko nicht wesentlich mindern. Die Militärs sind sich darüber klar, dass auch bei

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Schweizerische Benzinpreiserhöhung auch für Liechtenstein!

Seit dem 2. September kostet das Benzin an der Tanksäule pro Liter volle zwei Rappen mehr. Der Schweizerische Bundesrat hat den Zollzuschlag für den Nationalstrassenbau von 5 auf 7 Rappen erhöht. Die Preiserhöhung gilt auch in Liechtenstein. Nach der z. T. massiven Erhöhung der Haftpflichtprämien und dem neu eingeführten Malus-System noch ein Benzinpreisaufschlag. Autofahrer frohlocke!

Unsere Fragen: Müssen wir Liechtensteiner die schweizerischen Nationalstrassen mitfinanzieren? Oder erhält Liechtenstein diesen Zuschlag zurückerstattet? Wenn ja, wofür wird dieses Geld verwendet? Wieviel kassiert der liechtensteinische Staat pro Jahr aufgrund dieses Zollzuschlages von dem in Liechtenstein verkauften Benzin? Curieux

Verwirklichung derartiger Vorstellungen das Anrollen der roten Dampfwalze aus den Tiefen Russlands nicht kontrolliert werden könnte. Die Gefahr eines konventionellen Ueberrassungsangriffes der Sowjets bliebe also bestehen.

Vor allem aber muss befürchtet werden, dass ein solcher erster Schritt auf dem Felde des Disengagement weitere, noch folgeschwerere nach sich ziehen könnte. In seiner Rede vom 19. Juli hat Chruschtschow die alte sowjetische Forderung nach einer Verringerung der ausländischen Truppen auf deutschem Boden wiederholt. Eine solche Verdünnung der NATO-Schutzstreitkräfte oder gar ihr Rückzug über die deutsche Westgrenze würde die Bundesrepublik Deutschland militärisch neutralisieren. Auch wenn die Rote Armee hinter die Westgrenze der Sowjetunion zurückginge, bliebe ihr auf europäischem Boden immer noch ein Operationsraum mit einer Breite von 2.500 km und einer Tiefe von 1.300 km - mehr als genug zur Entfaltung einer Aggressionsarmee. Die NATO-Streitkräfte hingegen wären von vornherein auf einen schmalen Streifen in Westeuropa zurückgeworfen, der kaum mehr Verteidigungschancen gegen einen konventionellen Angriff böte, den ja gerade die amerikanischen Militärplaner in zunehmendem Masse in ihre Berechnungen einbeziehen.

Dazu kommt, dass eine Entmilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland die politische Neutralisierung auslösen könnte, vielleicht sogar ein Wiederauftauen der durch die gleichberechtigte Einbeziehung in das westliche Bündnis eingefrorenen Rapallo-Politik. Dann hätte Moskau eines seiner grossen Ziele erreicht: Ganz Deutschland und bald auch das übrige Westeuropa würde in den Sog des roten Imperiums geraten, das Weltgleichgewicht wäre entscheidend zugunsten der kommunistischen Staaten verschoben, Amerika stünde isoliert vor der Dröhung des letzten Gefechts.

Rotkreuzgedanke und Friedenswahrung

Ansprache von Bundespräsident Spühler am Jubiläumstag in Genf

An der Hundertjahrfeier des Internationalen Roten Kreuzes stellte Bundespräsident Spühler fest, daß das Schweizer Volk, dem seit der Gründungszeit das Rote Kreuz ein Herzensanliegen bedeutet, der Weltgemeinschaft des Roten Kreuzes aufs tiefste dankbar ist. Der Bundespräsident äusserte sich sodann zum Rotkreuzgedanken, der schweizerischen Neutralität und der bedeutungsvollen Frage der Beteiligung des Roten Kreuzes an der internationalen Friedenswahrung.

Wörtlich führte er aus: «In aller Bescheidenheit glauben wir, daß Idee und Werk des Roten Kreuzes günstige Voraussetzungen in der vom schweizerischen Staatsgedanken während Jahrhunderten und Jahrhunderten geformten geistigen und politischen Haltung des Schweizer Volkes fanden. Es liegt nahe, dabei in erster Linie an die Grundsätze der Neutralität und Unabhängigkeit zu denken, Grundsätze, von deren Befolgung und Anerkennung Bestand und Wirkung sowohl der Schweiz als des Roten Kreuzes abhängen. Wirklich neutral kann nur sein, wer unabhängig ist und weder fremden Befehlen noch Einflüssen von außen verpflichtet fühlt. Und wie die Gleichheit der Individuen und der Kantone Existenzbedingung des schweizeri-

schen Staates ist, so ist die absolute Gleichheit der Staaten, seien sie alt oder jung, mächtig oder schwach, und die Gleichheit der einzelnen Menschen ohne Rücksicht auf Rasse, Religion und Gesinnung die Voraussetzung für die Erfüllung der weltumspannenden Tätigkeit des Roten Kreuzes.»

«Es stellt sich die Frage, ob nicht die Aufgabe des Roten Kreuzes auszudehnen wäre auf die Mitwirkung an internationalen Bemühungen zur Friedenswahrung. Wenn die vernichtenden Methoden der modernen Kriegsführung Schutz und Hilfe für die Wehrlosen fragwürdig erscheinen lassen, so gebietet der Rotkreuzgedanke den Einsatz für die Erhaltung des Friedens überhaupt. Einen solchen Auftrag könnte das Rote Kreuz allerdings nur übernehmen, wenn er von der Weltmeinung getragen wird - jener gleichen Weltmeinung, die die bisherige Realität des Rotkreuzgedankens geschaffen hat. Dazu bedarf es eines gleichen Aufbruches der Menschheit wie desjenigen vor 100 Jahren. Möge das Zentenarium des Internationalen Roten Kreuzes», so schloß Bundespräsident Spühler seine Rede, «diesen Aufbruch der Menschheit einleiten und beschleunigen. Dies ist der leidenschaftliche Wunsch des Bundesrates und des Schweizer Volkes.»

12 statt 6 Milliarden für den Schweizer Nationalstrassenbau

Pressekonferenz zur Erhöhung des Treibstoffzollzuschlages

Wie am Sonntag bekanntgegeben wurde, hat der Bundesrat am letzten Freitag mit Wirkung ab 2. September 1963 den zweckgebundenen Zollzuschlag auf Treibstoffen für motorische Zwecke auf 7 Rappen-Liter erhöht. Dieser Beschluß des Bundesrates gab am Montag dem Chef des Eidg. Finanz- und Zolldepartementes, Bundesrat R. Bonvin, und dem Chef des Eidg. Departementes des Innern, Bundesrat Tschudi, Anlaß, der Presse einlässlich Aufschluß zu geben über den Stand des Nationalstrassenbaues und dessen Finanzierung. In der Diskussion be-

antworteten auch Oberzolldirektor Dr. Lenz, der Direktor der eidg. Finanzverwaltung, Dr. Redli, sowie der Direktor des eidg. Amtes für Straßen- und Flußbau, Dr. Robert Ruckli, aufgeworfene Fragen politischer, finanzieller und technischer Natur.

In seinem Referat über den gegenwärtigen Stand des Nationalstrassenbaues erinnerte der Vorsteher des Departementes des Innern daran, daß das von den eidgenössischen Räten beschlossene Nationalstrassennetz 1830 km umfaßt, wovon 1770 km auf Ueberlandstrecken - 700



100-Jahr-Feier des Roten Kreuzes

00 Geladene und eine riesige Zuschauermenge kamen zum Geburtstagsfest des Roten Kreuzes, das über das Wochenende in Genf abgehalten wurde. Bundespräsident Spühler, Leopold Boissier, Macaulay und Minister Carl J. Burckhardt hielten die Festansprachen. Ein farbenprächtigere Trachtengruppe mit Gruppen aus der ganzen Welt und ein Volksfest beschlossen den Gedenktag.